

## PRESSEMITTEILUNG

### Erste Regionalkonferenz von MIA Hessen stieß auf großes Interesse

Am 8.12.2023 fand im Kurhaus in Wiesbaden die erste Regionalkonferenz der Hessischen Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA Hessen) statt. MIA Hessen ist ein Kooperationsprojekt des Hessischen Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma und des Frankfurter Förderverein Roma. Beide gemeinsam haben es sich seit Juli dieses Jahres zur Aufgabe gemacht, Fälle von Antiziganismus zu erfassen, zu dokumentieren und auszuwerten.

Anlässlich der Regionalkonferenz, die zugleich auch die Auftaktveranstaltung war, sprach auch der Hessische Minister für Soziales und Integration, Kai Klose. Klose unterstrich, wie wichtig es sei, die Melde- und Informationsstelle dezentral zu organisieren: *„Ihre Angebote werden so in den verschiedenen Communities bekannt und Betroffenen stehen wohnortnahe Beratungsangebote zur Verfügung. Dabei spielt das Vertrauen in die lokalen Träger eine wichtige Rolle. Der Landesverband und der Förderverein sind dabei ideale Partnerinnen, um alle Gruppen der Sinti und Roma in Hessen diskriminierungsfrei abzubilden.“*

MIA Hessen ist eine von inzwischen fünf regionalen Melde- und Informationsstellen. Weitere Stellen gibt es derzeit in Berlin, Sachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern. Dr. Guillermo Ruiz, Geschäftsführer von MIA Bund, war ebenfalls auf der Regionalkonferenz vertreten und gab einen Überblick über die Arbeit der Meldestellen. MIA Bund hatte die Arbeit im Frühjahr 2022 aufgenommen und musste schon im ersten Jahr 2022 bundesweit über 600 Fälle von Antiziganismus registrieren. Ruiz betonte die Bedeutung der Arbeit der Meldestellen und forderte gleichzeitig ein vermehrtes Engagement zur Bekämpfung von Antiziganismus: *„MIA trägt dazu bei, das hohe Dunkelfeld antiziganistischer Vorfälle in Deutschland zu erhellen. Wir zeigen die vielfältigen Erscheinungsformen und das Ausmaß an Antiziganismus auf. Dadurch hoffen wir, dass sich ein schärferes Bewusstsein für das Phänomen Antiziganismus als gesamtgesellschaftliches Problem in der Öffentlichkeit, insbesondere bei Medien und Politik entwickelt. Ein stärkeres Engagement in der Bekämpfung von Antiziganismus von Bund und Ländern ist dringend gefragt.“*

*„Unser Ziel für das kommende Jahr ist es, MIA in ganz Hessen in der Minderheit der Sinti und Roma bekannter zu machen, aber auch in der Mehrheitsgesellschaft, denn nicht nur Betroffene, sondern auch Zeug\*innen von Antiziganismus können und sollen Vorfälle melden“,* sagte Rinaldo Strauß, stellvertretender Geschäftsführer des Hessischen Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma, einem der Trägervereine von MIA Hessen.

Joachim Brenner, Vorstand des Förderverein Roma, dem zweiten Träger von MIA Hessen ergänzte: *„Dass es einen gesellschaftlich tief verankerten Antiziganismus gibt, merken wir in unserer Arbeit als soziale Beratungsstelle, in unseren Bildungsprojekten und in der Familienhilfe tagtäglich. Es geht jetzt darum, Menschen zu unterstützen, diesen nicht hinzunehmen, Vorfälle zu melden, Antiziganismus letztlich sichtbar zu machen und sich dagegen zur Wehr zu setzen.“*

## Melde- und Informationsstelle Antiziganismus HESSEN

MIA Hessen - Eine Kooperation von  
Verband Deutscher Sinti und Roma - Landesverband Hessen &  
Förderverein Roma e.V.

Bei der Regionalkonferenz sprachen darüber hinaus der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, Dr. Mehmet Daimagüler, der die gesellschaftlichen Dimensionen von Antiziganismus deutlich machte und darauf hinwies, wie bedeutsam die Arbeit von MIA auch für seine Arbeit ist. *„Die Dokumentation von antiziganistischen Vorfällen, seien es Beleidigungen, Diskriminierungen oder auch Übergriffe, ist eine wichtige Grundlage, um gegen Antiziganismus aktiv vorzugehen“*, hob Daimagüler hervor.

Ebenfalls als Rednerin geladen war Dr. Susanne Urban, Projektleiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS). Bei RIAS handelt es sich um ein vergleichbares Projekt für den Bereich Antisemitismus. Urban betonte die Bedeutung solcher Meldestellen vor dem Hintergrund der eigenen Tätigkeit und wies auf die Wichtigkeit einer Kooperation der Meldestellen hin, da es in einigen Bereichen, gerade wenn es z.B. um eine Verharmlosung der NS-Verbrechen gehe, inhaltliche Überschneidungen von antisemitischen und antiziganistischen Vorfällen gebe. Aber auch darüber hinaus, halt sie den gemeinsamen Austausch für gewinnbringend für alle Beteiligten.





Im Anschluss an die Redebeiträge war bei einem Imbiss Zeit für den Austausch mit den Gästen. Zur Konferenz waren u.a. Landtagsabgeordnete und Vertreter\*innen verschiedener Parteien, Vertreter\*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Beratungsstellen sowie von Hochschulen gekommen. Rinaldo Strauß hielt resümierend fest: *„Wir freuen uns sehr über das große Interesse an unserer Arbeit und vor allem über die sich schon heute in den Gesprächen zeigende große Bereitschaft dazu, die Arbeit unserer Melde- und Informationsstelle auch aktiv zu unterstützen. Nun gilt es aber noch die Finanzierung des Projektes auch über das Jahr 2024 hinaus sicherzustellen.“*

Bisher wird MIA über das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert.

Über eine Berücksichtigung in der Berichterstattung würden wir uns freuen!

Mit freundlichen Grüßen vom MIA-Team!



MIA Hessen, Annastraße 44, 64285 Darmstadt   
[www.hessen.antiziganismus-melden.de](http://www.hessen.antiziganismus-melden.de)   
Hessischer LV Deutscher Sinti & Roma: 0179 7347787   
Förderverein Roma e.V.: 0157 37304024 

## Melde- und Informationsstelle Antiziganismus HESSEN

MIA Hessen - Eine Kooperation von

Verband Deutscher Sinti und Roma - Landesverband Hessen &

Förderverein Roma e.V.

### Pressekontakte:

Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Hessen: 06151/377740

Dr. Katharina Rhein: 0179-6717986

(Erreichbarkeit Mo.-Do. 10-16:00 Uhr; Fr. 10-14:00 Uhr)

Eine Kooperation von:



Förderverein Roma e.V.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages